



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1916

491 (19.10.1916) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-169776](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-169776)

Reichstag, sondern der Oberste Kriegsherr, der Kaiser, die Entscheidung. Das ist die staatsrechtliche Lage. Wenn die Oberste Marine- und Heeresleitung, wie schon einmal, für die Führung des U-Bootkrieges sich entscheiden und die politische Leitung dagegen, dann kann nur noch der Oberste Kriegsherr sich entscheiden, ob er in dieser Frage zugunsten der militärischen oder der politischen Führung entscheidet.

Damit ist nicht die politische Verantwortlichkeit des jetzigen Reichstanzlers, oder bei einer entsprechenden Entscheidung des Kaisers, eines anderen Reichstanzlers vor dem Reichstag abgeschaltet. Der Reichstag wird, vom jetzigen Reichstanzler oder einem anderen, immer für politische Fragen die Verantwortung verlangen können. Aber letzten Endes ist die U-Bootfrage immer wieder eine militärische Frage. Selbst die Folgen eines uneingeschränkten U-Bootkrieges auf die Neutralen, die von dessen Gegnern als politische Frage angesprochen werden, sind in ihren letzten Konsequenzen doch immer wieder eine militärische Frage. Es wird sich immer wieder darum handeln, ob wir unbeschadet der Haltung der Neutralen das Mittel des uneingeschränkten U-Bootkrieges zur siegreichen Beendigung des Krieges gebrauchen können und müssen. Die Entscheidung in dieser Frage hängt von der militärischen Leistungsfähigkeit ab, ist also wie die ganze U-Bootfrage letzten Endes wieder eine militärische Frage. Die U-Bootfrage ist auch ausdrücklich auf Verlangen der politischen Stellen von der Jenzur zu einer militärischen Frage erklärt worden. Wir bleiben deshalb dabei, daß in der Frage, ob und wann der U-Bootkrieg geführt werden kann und soll, nur die Oberste Heeresleitung entscheiden kann und muß. Das ist staatsrechtlich und militärisch gesprochen die einzig mögliche Lage.

c. Von der schweizerischen Grenze, 19. Okt. (Pr.-Tel. z. R.) Die Neuen Zürcher Nachrichten melden aus Paris: Petit Journal meldet, daß gegenwärtig insgesamt 24 französische Handelschiffe und Küstendampfer als überfällig gemeldet sind.

Kopenhagen, 19. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Die schwedische Bark „Gretha“ aus Stockholm mit Grubenholz von Goeteborg nach Sunderland wurde mittags in der Nähe von Hirtshals von einem deutschen U-Boot in Brand gesetzt. Die Besatzung von 18 Mann erhielt 10 Minuten Zeit zum Verlassen des Schiffes. Sie wurde von einem norwegischen Postdampfer aufgenommen und abends in Frederikshaven gelandet.

Kristiansand, 19. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Der in Bergen beheimatete Dampfer „Sten“ mit einer Ladung Radelerg nach Grimsoy unterwegs wurde am Dienstag Vormittag von einem deutschen Unterseeboot versenkt. Die aus 16 Mann bestehende Besatzung wurde von einem schwedischen Dampfer abends in Kristiansand gelandet.

Die irische Frage.

Redmond verurteilt das jetzige Regierungssystem.

Amsterdam, 18. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus hat Redmond im Unterhause einen Antrag eingebracht, der das gegenwärtige Regierungssystem in Irland verurteilt. Er betonte die Gefahr, die in einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes liege und ersuchte die Regierung, sich durch Entfernung der gegenwärtigen Ursachen der Unzufriedenheit und durch die Gewährung sofortiger homeruler Sympathien in ganz Irland zu erwehren. Der Staatssekretär für Irland Duff, und Minister Aquith betonten demgegenüber, daß eine wirkliche Lösung der irischen Frage nur gefunden werden könne, wenn die irischen Parteien sich über die Frage der Verwaltung Irlands verständigen. Auch Lloyd George hob mit Nachdruck hervor, es sei notwendig, daß alle Parteien in Großbritannien und Irland sämtliche Streitfragen hinstellen und sich zusammen der Arbeit für das gemeinschaftliche Endziel widmen.

London, 19. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Das Unterhaus nahm nach weiterer Debatte mit 303 gegen 106 Stimmen eine von Rawlinson eingebrachte Entschließung an, welche die Besprechung der Gegenseite in der inneren Politik in dieser ernsten Zeit mißbilligte.

Der Krieg mit Rumänien.

Eine englische Schilderung über den rumänischen Soldaten.

Rotterdam, 18. Okt. (Pr.-Tel. z. R.) Hamilton Boye beschreibt in der „Daily Mail“ rumänische Soldaten folgendermaßen: „Sie sehen sehr nett aus und haben große ausdrucksvolle Augen. In der Haltung verraten sie eher eine Bescheidenheit als Aufdringlichkeit und Annäherung. Beinahe alle geben gute Gefallen ab, manche sind sogar hübsch. Sie gleichen in vieler Beziehung den Italienern und Franzosen. Ihre Kleidung verrät große Sorgfalt. Gleich den Italienern besteht die Hauptnahrung der Rumänen aus Weizenmehl, bisweilen Fisch, äußerst selten aus Fleisch. Von vielen Nationen umgeben haben sie sich doch ihre nationalen Eigenarten bewahrt. Rumänien wird zum größten Teil zu dem Osten Europas gerechnet, aber abgesehen von diesen Problemen mit zu denen des Balkans rechnen, wenden die Rumänen ihre Blicke stets nach Norden, nach Siebenbürgen, das hört man nicht allein im Volke, sondern auch unter den Soldaten. Das Gespräch der rumänischen Soldaten dreht sich nur um das Wort „Siebenbürgen“.“

c. Von der schweizerischen Grenze, 19. Okt. (Pr.-Tel. z. R.) Wie die Schweizer Blätter berichten, hat die rumänische Gesandtschaft sich neuerdings mit der dringenden Bitte an das Schweizer Rote Kreuz gewandt, in möglichst großer Anzahl Werkzeuge und Pflegerinnen nach dem rumänischen Kriegsschauplatz zu entsenden.

Die Gerüchte über einen deutsch-russischen Sonderfrieden.

c. Von der schweizerischen Grenze, 19. Okt. (Pr.-Tel. z. R.) Die Basler Nachrichten melden aus Petersburg: Rowose Wremja berichtet zu den Gerüchten über einen deutsch-russischen Sonderfrieden, diese seien wohl auf die deutsch-russischen Verhandlungen über die Austauschfrage durch Mitglieder des Roten Kreuzes zurückzuführen.



Der Aufstand in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 19. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Telegraf meldet aus Weltevreden, daß der Aufstand in Palembang sich längs des Komassufusses ausbreite. Die Kolonne Orashuis geriet bei Boos wahrscheinlich mit den Rebellen in einen Kampf. Die Bevölkerung von Remangoso leidet sehr. Auch bei Ajeritum im Tabir-Gebiet kam es zu kleinen Gefechten, wobei 15 Aufständische getötet und ebenso viele gefangen genommen wurden.

Ein holländisch-indisches Blatt berichtet nach einem Telegramm aus Soerabaja, in Palembang ginge das Gerücht, daß bei einer Hausflucht die Korrespondenz zwischen dem geheimen Sarikat-Islam in Palembang und der Oberleitung des Bundes in Java über den Aufstand in Palembang und Djambi gefunden wurde. Kaufleute aus Palembang, die in Moeara-Roeput anständig waren, stüchelten, nachdem ihre Ware und ihr ganzes Vieh vernichtet worden war und man sie zwingen wollte, sich dem Aufstand anzuschließen. In Kawas brach am 12. Oktober ein Aufstand aus.

Zensur und Schutzhaf.

Im Hauptauschuß ist die Verhandlung über den Belagerungszustand und die Zensur so weit gebiehn, daß man den Stand der Dinge übersehen kann. Der Belagerungszustand unterliegt an sich nicht der Kritik, da seine Notwendigkeit auch heute noch von fast allen Parteien anerkannt wird. Ganz „reinen Lisch“ wollen nur die Sozialdemokraten machen. Im übrigen sieht man ein, daß ein Rückschlag des Krieges auf die Verhältnisse dabei natürlich und unabänderlich ist. Aber bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu der Verhängung des Belagerungszustandes bleibt doch die Forderung bestehen, daß auch auf dem militärischen Ausnahmehoden die bürgerliche Freiheit sichergestellt sein muß, soweit das militärische Interesse es zuläßt. Die Erfahrung hat bewiesen, daß hier noch nicht alle Garantien vorhanden sind. Der nationalliberale Antrag über die Regelung der Schutzhaf will sie schaffen. Es ist selbstverständlich, daß die militärischen Kommandostellen die Befugnisse der Schutzhaf brauchen, um jedwede Bedrohung unserer Sicherheit sofort abwenden zu können. Eine wirkliche Betämpfung der feindlichen Spionage wäre ohne dieses Mittel nicht denkbar. Aber es hat auch Fälle gegeben, in denen Schutzhafingelinge unschuldig gelitten haben, oder über Gebühr und härter als notwendig durch die Entziehung der Freiheit bestraft worden sind. Mancher empfindet das sein Leben lang als eine unerdiente Kränkung. Der nationalliberale Antrag sucht hier das militärische Recht, ohne es in der Sache anzutasten, in der Anwendungsform unseren bürgerlichen Rechtsbegriffen anzupassen. Der Hauptbeschl soll schriftlich sein und den Grund enthalten, der Verhängte Beschwerde einlegen können, einen Verteidiger erhalten und binnen kurzer Frist verhört werden, die Schutzhaf schließlich ein halbes Jahr nicht überschreiten. Die Regierung hat sich im Anschluß gegen den Antrag erklärt und auf die Möglichkeit kriegsministerieller Verfügungen verwiesen. Die nationalliberale Fraktion hält aber diesen Ausweg nicht für gangbar und sicher, sondern bleibt bei der Ansicht, daß der Weg der Befehgebung im Sinne ihres Antrags beschritten werden muß. Es ist zu erwähen, daß der Unteranschuß, dem der Antrag überwiesen ist, sich ebenfalls auf diesen Standpunkt stellt.

Auch zur Zensurfrage hat die Nationalliberale Partei einen Initiativantrag eingebracht. Die Mißstände, die damit bekämpft werden sollen, sind ein altes Klagekapitel. Sie haben sich auch trotz aller geteiltigen offiziellen Versicherungen nicht gebessert. Die politische Zensur waltet, wie mehr als ein aktueller „Fall“ beweist, weiter ihres Amtes, und jedenfalls nicht, wie in dem Ausschuß behauptet wurde, parteilich zugunsten der linken Richtung. Die Vertreter weitgesteckter Kriegsziele und die Anhänger des uneingeschränkten U-Bootkrieges haben die Härte der Zensur ebenso durchkosten müssen wie die Anhänger der entgegengesetzten Richtung. Wenn der Münchener Volksauschuß wirbt, so übt er damit das gleiche politische Recht aus wie die Sozialdemo-

kraten bei ihrer Friedenspropaganda. Darüber ist also nicht zu klagen. Das Uebel liegt vielmehr in der Unterdrückung der offenen, sachlichen Diskussion, in ihrer Verdrängung durch das Geheimverfahren, das unkontrollierbaren Zwischenstufen einen Raum schafft und die politische Luft mit schmerzlicher Spannung erfüllt. Wie oft schon haben wir uns unter leiden müssen, und es hätte nicht erst eines neuen Weisfalles bedurft. Dieser Fall ist allerdings ein Schulbeispiel dafür, daß man vorhandene politische Gegenseite nicht dem Zensurstrich ausstreichen kann. Der Unabhängige Ausschuß sucht unter Zensurzwang Zustucht hinter verschlossenen Türen. Seine Gegner ziehen ihn in einem Geheimvertrick an das Licht der Öffentlichkeit. Der Bericht ist unbestimmt und läßt kein sicheres Urteil darüber zu, was wirklich gesagt und verhandelt worden ist. Aber jedenfalls steht der Fall jetzt mißsam dem Zensurverbot und den ganzen Billigungsakten so tiefe und fördernde Kreise, daß eine Aussprache auch bei größter sachlicher Schärfe daneben harmlos aussieht. Für den nationalliberalen Antrag hätte es keine beweiskräftigere „Aktualität“ geben können. Der Antrag fordert nicht die glatte Aufhebung politischer Zensur, sondern die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers für ihre Handhabung. Das ist der erste Schritt einer Aenderung. Denn erst diese Unterstellung der politischen Zensur unter die Befugnis einer politischen Stelle gibt dem Reichstag die Möglichkeit, ein Wort mitzusprechen und Befehlsgewalt unhaltbarer Zustände zu dringen. Heute ist die Zensur noch unangreifbar. Heute ist es noch möglich, daß die Wiedergabe von Reichstagsverhandlungen verboten wird und daß alle, noch so scharfe Kritik sämtlicher Parteien Ausschuß daran nichts ändert. Mit der Handhabe, die nationalliberale Antrag bietet, würde diese Kritik Zweck und Wirkung nicht verfehlen.

Die Nationalliberale Partei betrachtet die beiden belagerten Anträge als wichtige Mittel zur Sicherstellung bürgerlicher und politischer Rechte. Während sie andere wichtige Forderungen der inneren Neuorientierung bis zum geeigneten Zeitpunkt vorläufig zurückstellt, beschreitet sie hier den Vorweg schon jetzt, weil sie mit den Anträgen einer dringenden Aufgabe des Tages gerecht wird. Leider hat die Regierung im Ausschuß für die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Aufgabe nicht die gleiche Auffassung an den Tag gelegt. Das wird die nationalliberale Reichstagsfraktion aber nicht abhalten, weiter mit Entschiedenheit für ihre Anträge einzutreten.

Kriegskreditkasse der Dresdener Hausbesitzer.

Eine bedeutendste Selbsthilfe haben die Dresdener Hausbesitzer durch Gründung der Kriegskreditkasse für den Dresdener Hausbesitz in Form einer Aktiengesellschaft organisiert. Die Gesellschaft will hauptsächlich, solange der durch den Krieg verursachte Notstand andauert, die Bezahlung der Hypothekendarlehen anderer auf dem Grundstück hastigender wiederkehrender Verpflichtungen übernehmen, wenn deren rechtzeitige Erfüllung erfolgen kann, weil Zuschüsse oder Rückzahlungen entfallen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1.082.000 M., von der vierte Teil eingezahlt ist. Die Stadt Dresden hat sich erklärt, die Bürgschaft für Verbindlichkeiten der Gesellschaft in Höhe von einer Million Mark nach Verlauf des gesamten Aktienkapitals zu übernehmen. Die Kreditgewährung wird vom Vorstand der Kasse durch ein Kreditausschuß zur Seite steht. Die bewilligten Kredite dürfen nur aus dem durch eingezahlten Grundkapital oder durch Umlauf nur durch Diskontierung der von Kreditnehmern eingestellten Wechsel bei der Reichsbank gewährt werden. Die Verwaltung des von der Gesellschaft gewährten Kredites erfolgt Abtretung der fraglichen Forderungen und durch Hinterlegung der Wechsel in Höhe des bewilligten Kredites. Die Vergütung des 1/2 p. H. über den Reichsbankdiskont. Bemerkenswert ist, daß die Kreditnehmer, solange er Schuldner der Gesellschaft ist, die Kreditverhältnisse ausüben, noch Mietsbeträge abtreten oder Pfänden darf. Andererseits darf die Gesellschaft eine Zwangsversteigerung erst nachsuchen, wenn der hinterlegte Wechsel nicht eingelöst ist. Die „Hauswelt“, Berlin, schreibt dazu in der Zeit: „Diese Art der Kreditgewährung hat sicherlich ihre Schattenseiten, aber man darf nicht verkennen, daß die Gesellschaft, die am Not der Zeit entstanden ist, den Kern einer guten Entlohnung trägt. Man darf hoffen, daß der Versuch in anderen Städten bald Nachahmung finden mag, denn die Aufgaben der Institute werden mit dem Kriegsende noch lange nicht erledigt.“

Aus Stadt und Land.

Das Wetter im September.

Das Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie im Großherzoglichen Rheinlande veröffentlicht in der 'Bad. Ztg.' folgende Mitteilungen über das Wetter im September.

Der diesjährige September ist bei weitem der wärmste und ergiebigste Regenfall im Durchschnitt zu 149,1 mm und etwas zu früh gekommen.

Der Monatsregen im Vergleich mit den Normalen zeigt sich im Vergleich mit den Normalen als übermäßig reich. Im Vergleich mit dem Monatsmittel für den September im Rheingebiet sind im August 30,6 mm zu wenig gefallen.

Der Monatsregen im Vergleich mit den Normalen zeigt sich im Vergleich mit den Normalen als übermäßig reich. Im Vergleich mit dem Monatsmittel für den September im Rheingebiet sind im August 30,6 mm zu wenig gefallen.

wendung aller technischen Hilfsmittel, sowie auch durch Verwendung von Abfallstoffen zur Fütterung der Tiere die Produktion nach Möglichkeit vervielfacht wird.

Das all diese Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn ein Masseneintritt in die Genossenschaft erfolgt ist.

Verhaltensregeln bei Fliegerangriffen. Im Fliegerangriff ist die Vermeidung dieses Unfalls das oberste Gebot.

Wandervogel und Wanderausflug. Von der Ortsgruppe Mannheim des Bundes der Wanderversitzer e. V. wird ein geführter Wanderausflug ins Elsass am 2. und 3. November durchgeführt.

Die Fleischkarte im Eisenbahn-Eisenwagen. Nach der Einführung der Fleischkarte, die es auch in den Eisenwagen der Eisenbahnen gibt, ist dies ein sehr willkommenes Mittel.

Der Jungburschenschaftsbund Baden. Ortsverein Mannheim, veranstaltete am Sonntag, den 8. ds. Ms. eine Herbstwanderung mit den Fortbildungsschülerinnen nach Heidelberg-Neuenheim und Umgebung.

Ein Ausflug ins Elsass. Am 17. ds. Ms. fand ein Ausflug ins Elsass nach Illkirch im Saardepartement statt.

Der Ausflug ins Elsass. Am 17. ds. Ms. fand ein Ausflug ins Elsass nach Illkirch im Saardepartement statt.

Donig und die Bienen" wird Herr Krupp am 21. November sprechen. Am nächsten Sonntag spricht Herr Prof. Hülsen aus Frankfurt a. M. über "Die Kunstbauten von Konstantinopel" für Frauen.

Vergnügungen. * Jugendtheater im Bernhardsbusch. Schneewittchen und die sieben Zwergel" gelangen am Sonntag, 22. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, zum zweiten Male zur Aufführung.

Aus Ludwigshafen. * Die pflanzlichen Eisenbahnverkehrsverhältnisse. Die A. G. Eisenbahndirektion Ludwigshafen veröffentlicht auf die Kritik, die in den letzten Tagen an der schlechten Nachverbinding mit Speyer gerichtet wurde, folgende Erwiderung:

Der Anschlag des Personenzuges 6079 in Schiffsthal an Personenzug 528 ist durch die Späterlegung des Zuges 6079 bedingt, durch welche ein wichtiger Anschlag an den D.-Rug 203 von Karlsruhe nach Speyer in Saarbrücken gewonnen wurde.

Kreisvertretertag in Karlsruhe. * Karlsruhe, 18. Okt. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Kreisverbandes Karlsruhe, Stadtrat Fiedler, hat am 14. ds. Ms. im Rathaus zu Karlsruhe der Kreisvertretertag des Jahres 1916 stattgefunden.

Die finanzielle Beteiligung der Kreise an Maßnahmen zur Kreditförderung für den durch den Krieg geschädigten Mittelstand. Die Aussprache ergab Übereinstimmung darin, daß die Kreise zusammen mit dem Staat eine Garantie zugunsten der Gemeinden übernehmen sollen.

Durch den Krieg erwachsen der Staatsverwaltung und den Gemeindeverwaltungen schwere Aufgaben. Diese haben schon jetzt zu einer so starken Belastung der öffentlichen Verwaltungsdienste geführt, daß es wünschenswert erscheint, auch die öffentlichen Verwaltungen an der Bewältigung weiterer Aufgaben zu beteiligen.

Aus dem Großherzogtum. * Weinsheim, 17. Okt. Das Reservelazarett für nervenleidende Kriegsteilnehmer im hiesigen Gräßlichen Schloß ist, wie wir erfahren, nicht seitens des Roten Kreuzes in Weinsheim, sondern seitens der Militärverwaltung eingerichtet worden.

Vaters Grab.

Richard Heintgers Vater war Werkmeister in der großen Fabrik gewesen, diente, als es zum Krieg kam, noch eine ganze Zeit lang in der Infanterie.

Junge, da geht doch der Fluß. Ach so. Und Gerhard zog einen Haken ab, kraus und mit gefranzten Rändern in die bunte Masse.

Er hat ein Regiment. Draußen rauscht es, die Dächer tropfen und die Dachrinnen schlachten. Drinnen aber sitzt der frohe Mann, ihm zu Seiten sind Weib und Kind; der Krieg tritt unter sie und hat ein zwar ernstes, aber doch gütliches Aussehen.

Zwei Tage haben sie gebaut, geknetet, gepflanzt, da hatten Caroline Heintger und ihr Junge das Land, in dem der Vater im selbigen Jahre das Gewerbe in der Hand, wandelte, vor sich.

von woher er etwa einen Ueberschlag hernehmen werde. Darin waren sie einig, daß die Schlucht, die von den Batterien noch nicht unter Feuer genommen werden können, eine Gefahr bedeute.

Und eines Tages sahen sie sich in die Augen. Schau, es ist doch gekommen, was wir fürchteten. Gott sei Dank, daß es gut ablieft.

Standen da im vordersten Graben zwei in dunkler, windiger Nacht auf Posten, dachten an daheim, lauschten und vernahmen doch keinen warnenden Ton, weil das Kindes Stimmchen den Wellen gleich überdünnte.

Ran hätte das Ganze für einen Teufelsputz halten können, so schnell war es vorüber, wären da nicht einige Gefangene gewesen, die man eingebracht hatte. Von der deutschen Befahrung kein Mann gefangen oder verwundet, dafür aber einige Russen gefangen genommen und ein wildes Schreien auf die Dana los.

In selbiger Nacht aber, schrieb Vater Heintger, sei die Artillerie vorgezogen und habe die Schlucht davor unter Feuer genommen, daß von den hundert Räthen ganz geringe keine mehr beschaffbar sei. Die drei, in denen die Angreifer gekommen, waren verschunden, vermutlich samt den Leuten in die Dana gebettet.

